Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 6

Artikel: Die Dimensionen der Atlantischen Gemeinschaft
Autor: Norstand, Lauris
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161627

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Dimensionen der Atlantischen Gemeinschaft

LAURIS NORSTAD

Die Sorge — vielleicht die Furcht — die der Verlust der Tschechoslowakei im Jahre 1948 und der Beginn der Berliner Blockade erzeugten, erzwang einen Gemeinschaftssinn, der sich rasch zu einer Allianz entwickelte, die sich von Kanada und den Vereinigten Staaten über den Atlantik bis weit nach Europa hinein und darüber hinaus bis in die Türkei erstreckte. Die militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Mittel dieser Allianz bedeuten eine Kraftquelle für Frieden, Stabilität und Wachstum, wie sie vielleicht nie zuvor bestand.

Und doch ist heute — nur fünfzehn Jahre später — das Wort Verwirrung populär, wenn von der NATO gesprochen wird. Jener starke Drang zur Einheit, den Macmillan und Eisenhower erkannten, als sie zum ersten Male das Wort *Interdependenz* in seiner vornehmlich politischen Bedeutung gebrauchten, scheint einiges von seiner Kraft verloren zu haben. Wir haben das Recht und die Pflicht, zu fragen, was nicht in Ordnung ist.

Gewiß ist es wahr, daß Frankreich seit einiger Zeit eine Reihe besonders schwieriger Probleme, die sich der Allianz stellen, in den Brennpunkt gerückt hat. Wenn man aber Frankreich als alleinigen Unheilstifter und einsamen Zerstörer sieht, läßt man etwas Wichtiges außer acht. Indem Frankreich einige, wenn auch gewiß nicht alle Streitfragen aufgriff, sprach es für viele Europäer, die eine Einschätzung der politischen und militärischen Voraussetzungen der Allianz auf der Grundlage eines starken, dynamischen, gedeihenden und entschlossenen Europas suchen, das eine volle, wenn nicht zentrale Rolle in der Atlantischen Gemeinschaft zu spielen wünscht.

Das war unvermeidlich. Der größte, vielleicht der beherrschende Einfluß auf die Allianz ging in den Jahren der Gefahr und der Entwicklung von Amerika aus und gründete sich auf die Kapitalreserven, die militärische Macht und die einzigartige Kernwaffenstärke der Vereinigten Staaten. Sobald die europäischen Staaten ihre eigene Handlungsfähigkeit zurückgewannen, wurde eine Überprüfung nötig, was von Politikern und Kommentatoren in vielen Ländern, nicht nur in Frankreich, langezeit immer wieder festgestellt wurde.

Es ist nicht meine Absicht, die sehr ernsthafte Belastung irgendwie zu verkleinern, die der Maschinerie der Allianz aus der spaltenden Wirkung des französischen Vorgehens entsteht. Auch unterstütze ich nicht gewisse spezifisch französische Maßnahmen, wie zum Beispiel die Bildung einer weiteren gesonderten Atommacht.

Dennoch scheint mir kein Grund vorzuliegen, sich über die Frage zu ärgern, wie das neue Europa künftig am besten und wirksamsten an der Führung der

Geschäfte teilnehmen soll. Wir suchen, so scheint es mir, nach einer Lösung, die uns weiter bringt.

Die Klärung der Beziehungen zwischen den verbündeten Nationen geht uns alle an. Dies betrifft sowohl die Europäer unter sich als auch die Europäer gegenüber den Vereinigten Staaten.

Gewiß beschäftigen einige der hängigen Streitfragen die Allianz seit Jahren. Sie sind zu lange ungelöst geblieben. Wir müssen gestehen, daß niemand wirklich auf das Problem eingegangen ist. In vielen Fällen hatten wir die überzeugendsten Gründe, zu hoffen, daß überwältigend schwere Fragen nicht gestellt werden, oder daß sie sich von selbst beantworten würden. Aber die Streitfragen, die mit der neuen europäischen Stellung zusammenhängen — wobei hauptsächlich die immer wichtigere Rolle Europas in der Allianz zu erwähnen ist — müssen irgendwie bewältigt werden.

* * *

Es ist gewiß eine zu starke Vereinfachung, wenn man einen einzigen Gegenstand als stellvertretend für das Problem herausgreift. Aber vielleicht ist die bekannteste und bemerkenswerteste Ursache der Schwierigkeiten die in Amerika und England verbreitete Annahme gewesen, die europäischen Nationen würden die atomaren Elemente der gemeinsamen Verteidigungskräfte weitgehend der Entwicklung und Produktion, der Kontrolle und Leitung eines oder zweier Mitglieder der Allianz überlassen. Aber auch eine so ehrenhafte und geehrte Nation wie die Vereinigten Staaten darf nicht erwarten, daß man ihr in Angelegenheiten, bei denen es geradezu um die Existenz so vieler befreundeter und verbündeter Länder geht, mit blindem Vertrauen begegnet. Wir müssen der harten politischen Tatsache ins Auge blicken, daß militärisch ausgewertete Atomkraft für viele, nicht nur in Frankreich, sondern in der ganzen Welt, ein Symbol für Souveränität und der stärkste Beweis der Unabhängigkeit geworden ist.

Gegenwärtig bildet die Frage der Kernwaffen, obwohl sie ernst und wichtig ist, nur eines von vielen ungelösten Problemen, die sich auf die Kontrolle der zentralen strategischen Hilfsquellen beziehen. Trotzdem wird die politische Diskussion innerhalb der Allianz von der Atomfrage beherrscht. Ein Zuhörer bei einer NATO-Konferenz könnte zum Schluß kommen, daß die Atomfrage allein den Rahmen bildet, in den die meisten anderen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa hängigen, zum Teil viel weiterreichenden Fragen sich einordnen oder nicht.

Nach meiner eigenen Kenntnis hat Europa zwei Fragen aufgeworfen. Erstens: Da die Europäer für ihre Verteidigung von der NATO abhängen und die NATO-Streitkräfte in Europa in so hohem Maße von Kernwaffen abhängen, fragt Europa, ob nicht eine absolute Garantie nötig sei, daß ein gewisser vereinbarter Minimalbestand dieser Waffen zur Verfügung steht, für den Fall,

daß die Vereinigten Staaten dazu neigen sollten, ihre eigene Beteiligung an einem europäischen Notfall zu begrenzen. Zweitens wird gefragt, warum die Europäer als gleichberechtigte Partner in der Allianz nicht in der Lage sein sollten, ein gewisses Maß von Einfluß und Kontrolle über Waffen auszuüben, die für ihre Sicherheit ebenso wesentlich sind wie für irgend jemand sonst. Es ist schwer, diese Fragen jetzt weniger vernünftig und logisch zu finden als damals, als sie zuerst gestellt wurden. Der Unterschied liegt darin, daß die Antworten heute dringlicher geworden sind.

Da diese Fragen beidseits des Atlantiks erörtert worden sind, bleibt eine fundamentale Tatsache offensichtlich. Die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte mit Kernwaffen ist unbestritten. Sie verfügen seit mehr als zehn Jahren über eine wachsende Zahl und Vielfalt solcher Waffen. Tatsächlich kamen die ersten der Allianz verfügbaren Atomeinheiten nach Europa, als Großbritannien eine Labourregierung hatte und Truman Präsident der Vereinigten Staaten war, drei Jahre bevor die Deutsche Bundesrepublik der Allianz beitrat. Seither haben die atomaren Mittel einen wesentlichen Teil des Fundaments geliefert, auf dem wir die NATO-Strategie für die Verteidigung Europas aufgebaut haben — und es konnte nicht anders sein. Diese Strategie wiederum ruhte auf der klaren Voraussetzung, daß diese Mittel im gemeinsamen Interesse für den Gebrauch zu jeder Zeit und an jedem Ort in der zur Verteidigung des NATO-Gebietes erforderlichen Art und Zahl verfügbar sein würden.

Das Treffen der NATO-Regierungschefs im Dezember 1957 bekräftigte formell diese Voraussetzung. Es wurde beschlossen, Kernwaffenlager in Europa anzulegen und die alliierten Kräfte atomar auszurüsten. Diese Übereinkunft ließ die nuklearen Bestandteile in der materiellen Obhut ihres Ursprungslandes. Dies ist bis heute so geblieben, ohne daß meiner Meinung nach die militärische Wirksamkeit dadurch irgendwie beeinträchtigt wurde. Als Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa befürwortete ich nicht, daß Waffen aus der unmittelbaren Kontrolle der Vereinigten Staaten entlassen würden, ausgenommen in Notfällen, und dann unter klar vereinbarten und anerkannten Bedingungen. Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet lag für mich das Problem darin, dafür zu sorgen, daß die militärischen Mittel, unter Einschluß der Atomwaffen, zur Verteidigung Europas genügten und zweckmäßig eingesetzt wurden. Es genügte mir, daß dies unter der bestehenden Ordnung möglich war. Es ist eine interessante Tatsache, daß während meiner ganzen Zeit im SHAPE, abgesehen von einem indirekten Versuch Frankreichs, kein NATO-Verbündeter je den ausschließlichen Besitz oder die Kontrolle von Sprengköpfen beanspruchte.

Der Beschluß von 1957, ein NATO-Lager von Atomwaffen anzulegen, das sich von jenen unterschied, die den Vereinigten Staaten gehörten, brachte eine Folge von größter Wichtigkeit mit sich. Er bedeutete, daß die NATO darauf angewiesen sein könnte, rechtzeitig und wirksam von den Mitteln Gebrauch

zu machen, auf die wir alle, Europäer wie Amerikaner, uns als auf einen wesentlichen Bestandteil der Abschreckung und notwendigen Faktor unserer Verteidigung verlassen mußten.

Der springende Punkt des Problems, die zentrale, jetzt mehr politische als militärische Frage lautet: Wie, durch wen und auf welche Weise soll die Kontrolle über die gemeinsamen Verteidigungsmittel ausgeübt werden?

Diese Frage hat eine fast unendliche Zahl von Vorschlägen hervorgerufen, doch haben sich bisher nur zwei Lösungen als dauerhaft erwiesen.

Die eine, davon ausgehend, daß der Begriff der kollektiven Verantwortung leitender Grundsatz der NATO ist, überläßt die großen Entscheidungen über *Wann*, *Wie* und *Ob* dem kollektiven Urteil und der Verantwortlichkeit der fünfzehn Länder. Fraglos muß die Verwaltung der NATO-Streitkräfte und ihrer wichtigsten Waffen diesem Grundsatz zustimmen. Der NATO-Rat muß über Form und Regelung der Ausübung nuklearer Autorität entscheiden. Tatsächlich stellt sich in diesem Zusammenhang eine Frage von großer praktischer Bedeutung. Kann man erwarten, daß die in höchster Not einberufenen Vertreter von fünfzehn Nationen eine Instanz bilden, die in der Lage ist, gegenüber so kritischen und dringenden Bedingungen mit der angemessenen Kraft und Raschheit zu handeln? Fast jedermann, der sich mit dieser Frage befaßt hat, scheint davon überzeugt zu sein, daß diese Lösung («fünfzehn Finger am Abzug») nicht funktionieren würde. Ich habe mich lange gegen eine solche Folgerung gewehrt, muß aber heute dieser Ansicht widerstrebend beipflichten.

Die andere Lösung besteht darin, alle Verantwortung für Entscheidung und Handlung einer einzelnen nationalen Autorität zu übergeben, die im Namen der Allianz handelt. Vor einiger Zeit war die Rede davon, diese Verantwortung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu übertragen. Die amerikanische Haltung zu diesem Vorschlag ist nie festgelegt worden, aber einige europäische Länder fanden ihn anziehend. Später wurde er von anderer Seite so scharf bekämpft, daß er nicht mehr zur Diskussion steht.

Da diese an entgegengesetzten Enden des Spektrums liegenden Möglichkeiten der Exekutivgewalt nicht angenommen wurden, ist es vernünftig, im dazwischenliegenden Raum nach einer Lösung zu suchen. Unbedingt nötig ist ein Mechanismus, durch den die Allianz *als Ganzes* unter voller Berücksichtigung sowohl der politischen als auch militärischen Faktoren, in der Lage sein soll, ihre atomaren Kräfte auf solche Weise zu entwickeln, zu entfalten und zu gebrauchen, daß der Geist der kollektiven Verantwortlichkeit gewahrt und die Bedürfnisse der einzelnen Mitgliedstaaten anerkannt werden.

Ich kann nicht *die* Lösung anbieten. Die Erfahrung eines einzelnen macht ihm nur eine begrenzte Zahl der Kräfte, Faktoren und Einflüsse zugänglich, die abzuwägen sind, und auf jeden Fall ist die *vernünftige* Antwort oft nicht die *richtige*. Aber nach langem und sehr besorgtem Nachdenken scheint es mir, daß die Befehls- und Kontrollgewalt auf diesem Gebiet von entscheidendem

Interesse einer kleinen Exekutivgruppe übertragen werden könnte, die innerhalb der NATO stünde und ganz ihr verantwortlich wäre. In ihrer einfachsten Form würde eine solche Gruppe aus drei Mitgliedern bestehen — je einem aus den drei Ländern, die zu einer atomaren Reserve der NATO beitragen würden —, Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Um ferner die Berücksichtigung der Ansichten aller Länder zu gewährleisten und den Grundsatz der kollektiven Autorität und Verantwortung sicherzustellen, könnte der Generalsekretär, der *allen* Ländern gleicherweise dient, einem solchen Exekutivorgan als Koordinator angehören.

Aus früheren Diskussionen über diesen Vorschlag ergab sich, daß jenen Nationen, die einer solchen Exekutivgruppe nicht angehören würden, die Begeisterung abgeht. Obschon die Präsenz des Generalsekretärs ihre Sorge mildern sollte, muß doch diesen Nationen der direkte Zugang zum Exekutivorgan gewährt werden, vor allem dann, wenn die eine oder andere sich besonders bedroht fühlt. Die geographische Lage der Deutschen Bundesrepublik, der Beitrag dieses Landes zur Stärke der Allianz und die Tatsache, daß Deutschland in jeden wie immer gearteten Konflikt verwickelt würde, legen es in diesem Zusammenhang nahe, daß die Regierung dieses Landes eine besondere und ständige Beziehung mit der Exekutivinstanz haben sollte.

Ein kleiner Ausschuß wäre aber trotz geringerer Mitgliedschaft nicht wirksamer als ein Ausschuß von fünfzehn Mitgliedern, sofern es nicht Mittel gibt, um eine rechtzeitige Entscheidung zu erreichen. Zu diesem Zweck sollte der Exekutivausschuß innert nützlicher Frist gründlich tagen können. Ferner sollte er sich aus Beamten zusammensetzen, die genügend Autorität und Format hätten, um *für* ihre eigenen Länder so gut wie im Interesse der anderen zu handeln.

Bei eingehender Debatte verdient der Grundsatz der Mehrheitsregelung Beachtung. So schwierig seine Anwendung auf den Prozeß einer gemischten politisch-militärischen Entscheidung ist, so schwierig ist es, eine wirksame Alternative zu finden. Man kann sagen, daß es für ein Land unbillig ist, auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses anderer in einen Atomkrieg verwickelt zu werden. Dagegen gibt es kein wirksames Gegenargument. Indessen gestattet es die geltende Praxis der Allianz den Mitgliedern, ihre Streitkräfte zurückzuziehen oder zurückzuhalten, wenn ihnen dies im eigenen nationalen Interesse zu liegen scheint. Obwohl also ein Mehrheitsbeschluß im Prinzip nur diese Mehrheit verpflichten würde, könnte sich doch die Verpflichtung sehr wohl auf andere erstrecken. Dies mag als eine lockere Abmachung erscheinen, aber ist eine stärkere Autorität möglich, ohne daß zuerst ein bedeutender Teil der souveränen Autorität und Verantwortung der Mitgliedstaaten dem NATO-Rat übertragen würde? Eine solche Übertragung steht aber in keiner Weise bevor!

Entscheidungen, die das eigene Überleben betreffen, sind das Hauptanliegen der höchsten Ebene einer Nation. Deshalb müßte der eben angedeutete Exekutivausschuß der NATO wahrscheinlich aus den Regierungschefs bestehen.

Die Maschinerie müßte durch Beamte instand gehalten werden, und Routinegeschäfte könnten zweifellos von anderen erledigt werden. Aber wenn irgend eine Einrichtung dieser Art funktionieren soll, wenn es zwischen allen Mitgliedern der Allianz eine wirkliche Verständigung über das atomare Element in der Politik und Strategie der NATO geben soll und wenn es eine wirksame politische Kontrolle geben soll, sollten die Regierungschefs hin und wieder in ihrer Eigenschaft als Verbündete zusammentreten. Dies auferlegt bereits überlasteten Staatsmännern eine weitere Bürde. Aber man kann fragen, was wichtiger ist. Was ist die Alternative?

* * *

Daß man gleichzeitig darüber diskutiert, wie Krieg zu führen sei und wie man den Krieg verhindern oder aufhalten könnte, mag als ein Widerspruch erscheinen. Denen, die darin das Ergebnis meines Übertritts von der militärischen zur zivilen Welt sehen, möchte ich sagen, daß die Kriegsverhinderung mich während meinen letzten Jahren im SHAPE besonders beschäftigte. Ein großer Amerikaner, Henry L. Stimson, Kriegssekretär während des Zweiten Weltkriegs, hatte wahrscheinlich dieses Paradox im Auge, als er kurz nach dem Krieg sagte: «Ich habe mit der Wirklichkeit des Krieges gelebt und die Soldaten gerühmt; aber die Hoffnung auf einen ehrenhaften, aufrichtigen Frieden ist etwas Größeres, und ich habe auch damit gelebt. Daß ein Mensch mit beidem leben muß, liegt in der Natur unseres gegenwärtigen Standes menschlicher Entwicklung, aber es hat auch in der Natur vergangener Entwicklungen gelegen, und es gibt keinen Grund zur Verzweiflung.»

Der Weg des Westens seit dem Krieg, die ständige Suche nach Frieden, ist jedermann klar. Von den Baruch-Vorschlägen im Jahre 1946, die der Beschränkung der militärischen Anwendung der Atomkraft dienten, bis zu dem vor einiger Zeit vollzogenen Teststopp-Abkommen haben die Anstrengungen nie nachgelassen. Es ist nicht nur ein Weg ständiger Bemühung, sondern die alliierten Stellungnahmen und Vorschläge zur Abrüstung, zum künftigen Status Deutschlands und verwandten Fragen der Sicherheit sind von Anfang an moralisch vertretbar und praktisch brauchbar gewesen. Deshalb sollten sie beibehalten und unterstützt werden.

Von beiden Seiten des Eisernen Vorhangs sind in diesen Jahren viele Anregungen gekommen, die militärische Stärke zu verringern und die Entwicklung und Verwendung von Waffen zu begrenzen. Einige sind einem aufrichtigen und dringenden Wunsch entsprungen, die Spannungen zu verkleinern. Andere würden, was immer ihre erklärte Absicht sein mag, im Falle der Annahme unsere Verteidigungskraft beeinträchtigen, ohne andere wirksame Garantien zu bieten.

Die Schritte, die unternommen werden, müssen unsere Sicherheit gewährleisten, unsere Freiheit garantieren und die Last der Angst von uns nehmen.

Diese Forderungen stellen allen ernsthaften Vorschlägen zur Rüstungsbeschränkung oder Abrüstung eine Bedingung: ein Kontroll- und Inspektionssystem muß den Wortlaut des Vertrags verstärken. Im Gefolge eines Teststopp-Abkommens muß über Inspektionsvereinbarungen und Beobachtungsposten verhandelt werden. Deshalb muß dieser Gegenstand hier erörtert werden.

Die Möglichkeit, als wirksame Sicherheitsgarantie ein Kontroll- und Inspektionssystem in Europa zu errichten, ist schon vor 1957 erörtert worden. Wie im Falle der Befehls- und Kontrollgewalt über Kernwaffen sind auch hier viele Vorschläge gemacht worden. Wiederum kann ich nicht beanspruchen, *die* Lösung vorzubringen, aber ich möchte kurz einige Gedanken erwähnen, die sich mir aus den Erfahrungen vergangener Jahre ergeben haben. Ich neige stark dazu, die Waffeninspektion und -kontrolle mit einem bescheidenen Schritt zu beginnen, der unabhängig von den weiteren, umstritteneren Plänen und unbehindert von mehr politischen Problemen entwickelt werden könnte. Vor allem glaube ich, daß jede Handlung uns die Aufrechterhaltung der vorhandenen Verteidigungsstärke erlauben muß, bis es bewiesen ist, daß Änderungen gefahrlos möglich sind.

Im besonderen glaube ich, daß ein Kontroll- und Inspektionsplan gewissen Kriterien standhalten sollte:

— Er sollte überall von der öffentlichen Meinung als ein ohne weiteres verstandener Schritt zur Erleichterung der Spannung des kalten Krieges erkannt werden. Die Annehmbarkeit für die Sowjets sollte nur einer von mehreren Punkten sein.
— Der Plan sollte eine Grundlage für weitergehende Verhandlungen bilden, sollte aber gleichzeitig aus eigener Kraft bestehen können. Er sollte einen gewissen Eigenwert zur Verringerung der Spannung in sich tragen.
— Der Plan sollte nicht dazu bestimmt sein, das Kräftegleichgewicht zwischen dem Westen und der Sowjetunion in diesem Stadium zu verändern. Um verhandlungsfähig zu sein, muß er weder beim Osten noch beim Westen den Eindruck erwecken, es müßten einseitig wesentliche Elemente der Sicherheit geopfert werden.
— Der Plan sollte unsere Haltung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung nicht beeinflussen, noch sollte er uns daran hindern, auf die Annahme umfassenderer Abrüstungsvorschläge hinzuarbeiten.
— Der Plan sollte so entwickelt werden, daß er, falls er sich über eine gewisse Zeit hinweg als durchführbar erweist, eine praktische und psychologische Grundlage für weiteres Vorgehen in der Abrüstungsfrage bilden kann.

Ein wirksames Kontroll- und Inspektionssystem, das diesen Kriterien gerecht würde, hätte meines Erachtens aus zwei Hauptkomponenten zu bestehen. Es sind dies eine bewegliche Bodeninspektion und eine Inspektion aus der Luft auf visuellem, photographischem und elektronischem Wege. Mit dem

Überhandnehmen der Raketen verliert die Radarüberwachung an Interesse, aber sie kann immer noch eine wichtige Hilfskomponente sein.

Das geographische Gebiet, auf das der Plan Anwendung fände, muß groß genug sein, um Warnung und Verteidigung zu erlauben; es muß aber zu Beginn auch klein genug sein, um verwaltet werden zu können; es muß genaue Definitionen im Sinne festgelegter geographischer Eigenschaften oder politischer Grenzen erlauben. Eine überblickbare Zone könnte sich in Europa vom Ural bis zum Golf von Biscaya erstrecken, von Mittelrußland bis zum Atlantik. Darüber hinaus könnte eine Zone der Vereinigten Staaten einbezogen werden, wenn ihr ein sowjetisches Gebiet gleicher Größe und Wichtigkeit gegenübergestellt würde. Wenn praktische politische Gründe es erfordern, könnte auch ein kleineres Gebiet ins Auge gefaßt werden, aber es müßte auf jeden Fall eine Tiefe von vielen hundert Kilometern haben, um militärisch nützlich zu sein. Es müßte auch Gebiete verschiedener Nationen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs einschließen, um politisch zweckdienlich zu sein.

Falls eine Einigung über ein solches System zustandekommt, hätte der erste Schritt im Austausch von Situationsplänen zu bestehen, auf denen alle militärischen Anlagen und Truppenaufmärsche verzeichnet wären. Die Aufgabe der Inspektion würde zunächst in der Überprüfung dieser Angaben bestehen. Später würde es sich darum handeln, beide Seiten über Änderungen im militärischen Charakter der betreffenden Gebiete auf dem laufenden zu halten und vor jeder Vorbereitung eines bewaffneten Angriffs zu warnen. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, möchte ich noch betonen, daß die Mannschaften der Bodeninspektion zwar überwacht, aber innerhalb der Inspektionszone nicht in ihrer Bewegungsfreiheit behindert werden dürften. Sie müssen die Größe, Art und Verteilung der Kräfte bestimmen können. Sie müssen ihre eigenen, unabhängigen und sicheren Kommunikationsmittel haben.

Die Inspektion aus der Luft soll mit photographischen und elektronischen Mitteln Auskunft über die Truppenverteilung, die Lage von Nachschublagern und andere aufschlußreiche militärische Tätigkeiten verschaffen. Aus der Luft kann ein großes Gebiet in kurzer Zeit erfaßt werden, und man gelangt so zu sehr genauen Informationen über die Tätigkeit am Boden. Jede militärische Verschiebung im Kontrollgebiet würde unverzüglich entdeckt. Die Inspektion aus der Luft könnte eine große Rolle bei der Verringerung der Gefahr von Überraschungsangriffen am Boden oder in der Luft spielen. Aber ihre größte Bedeutung würde in ihrer Beziehung zum Bodensystem bestehen, denn sie könnte das Auge der Bodeninspektion und -kontrolle werden. Die von der Luftüberwachung gemeldete Information würde dem Bodeninspektor neue militärische Entwicklungen aufzeigen, die er zu überprüfen hätte.

Bei der Anwendung eines solchen Systems auf Europa würde es die nahe Verwandtschaft der beiden Komponenten nahelegen, daß das aus der Luft überwachte Gebiet keinesfalls kleiner sein sollte als das vom Boden aus kon-

trollierte. Anderseits wäre die Errichtung einer Luftkontrollzone von Vorteil, die größer wäre als das Gebiet der Bodeninspektion. Bei der Festlegung dieser Zonen müßte man nicht nur die Ausdehnung, sondern auch den Charakter der betreffenden Gebiete berücksichtigen.

Eine interessante, obwohl für die Kontrolle nicht wesentliche Komponente dieses Vorschlags ist die Idee der Überwachung durch übergreifendes Radar. Schon 1955 schlug das militärische NATO-Hauptquartier die Einrichtung eines Radar-Warnsystems entlang den Grenzen des Gebietes vor, das für Bodeninspektion und -kontrolle vorgesehen war. Es könnte zum Beispiel eine mit NATO-Kräften bemannte Radarkette nahe der polnischen Ostgrenze errichtet werden, die auf einer Nord-Süd-Linie verliefe und 250 bis 500 Kilometer in den östlichen Luftraum hineinspähen könnte. Als Gegenleistung für einen solchen Radarstützpunkt könnte der Westen den Sowjets ein gleiches Vorrecht gewähren. Wiederum könnte man zur Illustration an eine Linie an oder nahe der Grenze der Bundesrepublik Deutschland denken, die aber auch andere NATO-Nationen einbezöge und westwärts gerichtet wäre.

Die große Bedrohung unserer Sicherheit in Westeuropa, und also auch eine Bedrohung der *ganzen* Allianz, besteht in einem Überraschungsangriff auf dem Boden oder aus der Luft. Ein einheitliches Inspektions- und Kontrollsystem, das auf wirksamen Boden-, Luft- und Radarkomponenten aufgebaut wäre, könnte die Gefahr eines solchen Angriffs verringern. Auch als einzelner Schritt würde es wesentlich zu unserer Sicherung beitragen. Es würde eine sichere Grundlage bilden, auf der weitere wesentliche Schritte zur Kontrolle und Abrüstung zu überlegen wären, und auf der die Idee eines dauerhaften Friedens von der Hoffnung in die Wirklichkeit übersetzt werden könnte.

Noch ein Wort der Vorsicht: *Dieser Vorschlag an sich schließt keinen Truppenabbau, keinen Rückzug, keine Aufhebung von Verpflichtungen, keine Waffenbeschränkungen ein.* Er ist wesentlich ein zur Feststellung von Tatsachen dienendes Übereinkommen. Wir dürfen darin kein Universalheilmittel sehen, aber er könnte auf einem Gebiet großer Empfindlichkeit zur Entspannung beitragen. Da er keinen Sicherheitsverlust mit sich bringt, würde er keine neue Furcht und keinen neuen Verdacht schaffen. Er könnte zur Schaffung einer Grundlage für weiterreichende Übereinkünfte beitragen.

Fragen wir nach den Dimensionen der Atlantischen Allianz? Sie wachsen mit jedem Jahr, und auch innerhalb des Jahres mit jeder Krise, der wir ins Auge sehen, mit jedem Problem, das wir aufgreifen. Aber in diesem Augenblick würde nichts die NATO so sehr stärken wie eine Antwort auf die Frage: Wie kann die Allianz ihre kollektive Autorität über ihre kollektiven militärischen Mittel geltend machen? Nichts würde mehr zur Hoffnung und zum Vertrauen freier Menschen überall in der Welt beitragen als ein Schritt — selbst ein kleiner Schritt — auf Sicherheitsgarantien hin, die fest und gewiß sind, die sich aber nicht nur auf militärische Macht verlassen.

Drohungen, Krisen, Verwirrung — sie kennzeichnen diese Zeit unserer Verantwortung. Aber ich möchte zum Schluß an Macaulays Kommentar über ein England vor über hundert Jahren erinnern: «Diejenigen, welche das Zeitalter, das ihnen ihr Los beschieden hat, mit einem goldenen Zeitalter vergleichen, das nur in ihrer Vorstellung existiert, mögen von Entartung und Verfall reden: aber niemand, der über die Vergangenheit richtig unterrichtet ist, wird geneigt sein, zur Gegenwart eine grämliche oder verzweifelte Haltung einzunehmen.»

Nach einem Vortrag vor der Ditchley Foundation, Ditchley Park, Enstone, Oxfordshire.

Gedanken zur Verteidigung Europas

HANS SPEIDEL

In unserem westlichen Bündnis haben wir oft die *Schweiz* als Vorbild nicht nur für die praktische Wehrhaftigkeit eines ganzen Volkes, sondern auch für die «Waffentüchtigkeit im Geist» (Hölderlin) und die Strategie der nationalen Selbsterhaltung genommen. Alle Staatsbürger bedürfen des Einblickes in das militärische Denken, die militärische Arbeit, die der Soldat in ihrem Auftrag zu erfüllen sucht. Er soll durch sein Dasein, durch sein Wachsein zu seinem Teil für die Erhaltung des Friedens sorgen!

Wir dürfen die Probleme der Verteidigung nie einseitig militärisch sehen, was auch schon Generaloberst Ludwig Beck, das Haupt des militärischen Widerstandes gegen Hitler, vor 25 Jahren gefordert hat (vgl. Ludwig Beck: Studien, Stuttgart 1955). Alle Verteidigungsprobleme werden von militärischen, psychologischen, historischen, politischen, wirtschaftlichen, philosophischen und religiösen Fragen bestimmt. Wir sind keine Zuschauer auf der Weltbühne — nein, wir sind alle, ob wir wollen oder nicht, mit unserer Existenz im Innersten beteiligt. Und so gilt für uns alle in gewisser Weise die Devise, welche die Universität Gießen einem ausziehenden Studentenfähnlein 1622 mit auf den Weg gab: «Literis et armis ad utrumque parati.»

Bei der Betrachtung von Lage und Aufgabe der Verteidigung Europas im Rahmen der weltweiten Verteidigungsführung möchte ich es mit Michel de Montaigne halten: «Je donne mon avis non comme bon, mais comme mien.»

Unsere Bemühungen um die Verteidigung des Vaterlandes sind in der Gemeinschaft der NATO aufgegangen. Der Auftrag der Streitkräfte ist in der Präambel des NATO-Vertrages enthalten: Verhinderung des Krieges durch Ab-